

AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Mai 2015

Inhalt

Neuigkeiten aus der COFACE	2
COFACE: Konferenz zu fairen und zugänglichen Finanzdienstleitungen für Familien.....	2
Nachrichten aus den EU-Institutionen.....	2
EU-Parlament will an Revision der Mutterschutzrichtlinie festhalten.....	2
Europäisches Semester 2015: Länder sollen Investitionen in Erziehung und Bildung erhöhen	2
EU-Jugendministerrat will Jugendarbeit und frühe Bildung stärken.....	3
EU-Kommission stellt Gelder für Jugendbeschäftigungsinitiative bereit	3
EU-Ombudsfrau: Kinder und Schwangere bei Abschiebungen besser schützen	3
EU-Ratspräsidentschaft: Rechte von Menschen mit Behinderungen gewährleisten.....	3
FEMM-Ausschuss des EU-Parlaments fordert Gleichstellungsstrategie post 2015	4
Nachrichten aus den europäischen Ländern.....	4
Estland: Jugendliche dürfen an Kommunalwahlen teilnehmen	4
Irland: Große Mehrheit für Öffnung der Ehe.....	4
Österreich: Bericht zur Situation von Pflegeeltern erschienen.....	4
Polen: Parlament lehnt Debatte über Eingetragene Lebenspartnerschaft ab	4
Rumänien: Kindergeld erhöht.....	5
Türkei: Hohes Armutsrisiko für kinderreiche Familien	5
Weitere Nachrichten	5
Internationaler Tag der Familie am 15. Mai.....	5
Internationaler Tag gegen Homophobie am 17. Mai.....	5
Petition für weltweites Verbot der Leihmutterschaft gestartet.....	5
Frauen sind in den Nachrichten weltweit unterrepräsentiert	6
Großbritannien ist regenbogenfamilienfreundlichstes Land in Europa	6
Berichte und Studien.....	6
FRA-Bericht: Rechte Intersexueller stärker berücksichtigen.....	6
FRA-Bericht: Die Justiz muss kinderfreundlicher werden.....	7
FRA-Bericht: UN-BRK bringt Behindertenrechte in Europa voran.....	7
EU-Kommission: Altersbericht 2015	7
Save the Children: Studie zu Lebensbedingungen von Müttern.....	7
Housing Europe: Zahlen, Daten und Fakten zur Wohnsituation in der EU	8
OECD-Bericht: In It Together – Why Less Inequality Benefits All	8
Bevorstehende Veranstaltungen.....	8

Neuigkeiten aus der COFACE

COFACE: Konferenz zu fairen und zugänglichen Finanzdienstleistungen für Familien



Ob Wohnen, Transport, Bildung, Freizeit oder alltäglicher Bedarf – Familien haben Bedürfnisse und Kosten. Daher sind Finanzdienstleistungen für alle Haushalte wichtig. Wie der Zugang zu unabhängigen und qualitativ hochwertigen Informationen und bedarfsgerechten Finanzprodukten für Familien sichergestellt werden kann, stand im Fokus einer Konferenz zur fairen Finanzdienstleistungen und Alternativen zum Mainstream-Banking, zu der die COFACE gemeinsam mit dem Konsuminstitut der Stadt Madrid und dem spanischen Verbraucherverband (ASGECO) am 11. und 12. Mai 2015 eingeladen hatte.

- [Informationen der COFACE zur Konferenz](#) 

Nachrichten aus den EU-Institutionen

EU-Parlament will an Revision der Mutterschutzrichtlinie festhalten

Das EU-Parlament hat den Ministerrat aufgefordert, die Verhandlungen zur Revision der Mutterschutzrichtlinie wiederaufzunehmen. Am 20. Mai 2015 nahmen die Abgeordneten eine entsprechende Entschließung an. Gleichzeitig fordern die Abgeordneten die EU-Kommission auf, das Vorhaben von der Streichliste für seit längerer Zeit anhängige Verfahren zu nehmen. Diese Liste hatte die Kommission im Rahmen ihres Programms zur Gewährleistung der Effizienz der Rechtsetzung im Dezember 2014 vorgestellt. Sie sieht vor, die bereits 2010 im Parlament verabschiedete Revision der Mutterschutzrichtlinie zu streichen, sollten die Mitgliedstaaten innerhalb einer sechsmonatigen Frist keine Einigung erzielen. Die geplante Erneuerung sieht eine Verlängerung des Mutterschutzes von 14 auf 20 Wochen sowie einen zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub vor. Zahlreiche Nichtregierungsorganisationen setzen sich für die Revision ein (siehe [Europa News April 2015](#)).

- [Pressemitteilung des EU-Parlaments](#) 

Europäisches Semester 2015: Länder sollen Investitionen in Erziehung und Bildung erhöhen

Am 13. Mai 2015 hat die EU-Kommission die länderspezifischen Empfehlungen für die Jahre 2015 und 2016 beschlossen. Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten darin auf, die Anstrengungen für Wachstum und Arbeitsplätze zu verstärken. Zudem enthalten die Empfehlungen bildungspolitische Aussagen: Für Deutschland stellt die Kommission fest, dass die öffentlichen Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Erziehung und Forschung erhöht werden müssen. Bei der Kinderbetreuung bestünden regionale Engpässe und Qualitätsprobleme – trotz erheblicher Fortschritte im Kita-Ausbau. Zudem bemängelt der Bericht, Deutschland habe keine Maßnahmen getroffen, um die Umwandlung atypischer Beschäftigungsverhältnisse wie Mini-Jobs in nachhaltigere Beschäftigungsformen zu erleichtern.

- [Länderspezifische Empfehlungen für Deutschland](#) 

EU-Jugendministerrat will Jugendarbeit und frühe Bildung stärken

Die EU-Jugend- und Bildungsminister/innen haben bei ihrem Ratstreffen am 18. Mai 2015 Schlussfolgerungen zur Stärkung der Jugendarbeit angenommen und deren Bedeutung für die Persönlichkeitsentwicklung, soziale Integration und kulturelle Vielfalt hervorgehoben. Die lettische Ministerin Marite Seile leitete die Sitzung und betonte dabei auch die Bedeutung der frühkindlichen Bildung. Zudem sei Bildung nicht nur unter arbeitsmarktpolitischen Aspekten zu betrachten; Bildung sei vielmehr zentral für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und eine nachhaltige Gesellschaft. Im Anschluss berieten die Minister über die Frage, wie die politische Teilhabe junger Menschen in Europa gefördert werden kann.

- [Die Schlussfolgerungen zur Jugendarbeit](#) 

EU-Kommission stellt Gelder für Jugendbeschäftigungsinitiative bereit

Die EU-Kommission hat am 22. Mai 2015 eine Milliarde Euro für Projekte der Jugendbeschäftigungsinitiative zur Verfügung gestellt. Mit den Geldern erhöht die EU ihre Vorfinanzierung zur Förderung der Beschäftigung von jungen Menschen für die Mitgliedstaaten um das 30-fache. Mit der erhöhten Vorfinanzierung will die Kommission die Jugendgarantie beschleunigen (siehe [Europa News Februar 2015](#)). Sie soll bis zu 650 000 jungen Menschen helfen, einen Arbeitsplatz, eine Lehrstelle, ein Praktikum oder eine Weiterbildung zu finden. Alle Mitgliedstaaten haben sich im Rahmen der „Jugendgarantie“ verpflichtet, jungen Menschen unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten, nachdem sie die Schule verlassen haben oder arbeitslos geworden sind, eine hochwertige Arbeitsstelle, einen Ausbildungs- oder einen Praktikumsplatz anzubieten. Rund sieben Millionen Menschen unter 25 Jahren in der EU sind derzeit arbeitslos.

- [Fragen und Antworten zur Vorfinanzierung der Jugendbeschäftigungsinitiative](#)

EU-Ombudsfrau: Kinder und Schwangere bei Abschiebungen besser schützen

Die Europäische Ombudsfrau Emily O'Reilly hat Empfehlungen ausgesprochen, wie die EU-Grenzschutzagentur Frontex die Grundrechte von Migrant/innen bei der Abschiebung besser schützen kann. In den Empfehlungen hebt O'Reilly die Situation von Menschen mit Behinderungen, Kranken, Frauen und Kindern besonders hervor. Unter anderem schlägt sie vor, Begleitpersonen für besonders schutzbedürftige Menschen, wie Schwangere und Kinder zu schulen. Hintergrund der Empfehlungen vom 6. Mai 2015 war eine Untersuchung der aktuellen Abschiebepaxis der Grenzschutzagentur.

- [Die Vorschläge der Europäischen Ombudsfrau](#) 

EU-Ratspräsidentschaft: Rechte von Menschen mit Behinderungen gewährleisten

Während einer Konferenz unter dem Titel „Von inklusiver Bildung zu inklusiver Beschäftigung für Menschen mit Behinderung“ am 11. und 12. Mai 2015 hat die lettische Ratspräsidentschaft Schlussfolgerungen zur Gewährleistung von Rechten für Menschen mit Behinderung vorgestellt. Darin hebt die Präsidentschaft die Notwendigkeit hervor, die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) vollständig umzusetzen und damit die Rechte und Freiheiten von Menschen mit Behinderung in der EU besser zu gewährleisten. Im Fokus der Konferenz standen unter anderem die Aspekte inklusive Bildung und Beschäftigung für Menschen mit Behinderungen sowie die Entwicklung von unterstützenden Technologien. Zuvor hatten sich die Regierungsvertreter/innen der EU-Mitgliedstaaten getroffen, um über die jüngsten Entwicklungen und nationalen Maßnahmen zu Umsetzung der UN-BRK zu berichten.

- [Informationen der lettischen Ratspräsidentschaft](#)

FEMM-Ausschuss des EU-Parlaments fordert Gleichstellungsstrategie post 2015

Der FEMM-Ausschuss des EU-Parlaments hat die EU-Kommission in einer Resolution vom 7. Mai 2015 aufgefordert, eine neue EU-Gleichstellungsstrategie für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter zu schaffen. Die Abgeordneten betonen die Notwendigkeit, aktiv gegen Chancenungleichheit und jede Art von Diskriminierung vorzugehen. Im Fokus der Gleichstellungsstrategie sollen laut Resolution die Themen Gewalt gegen Frauen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Frauen in Spitzenpositionen sowie Bildung und Medien stehen.

Nachrichten aus den europäischen Ländern

Estland: Jugendliche dürfen an Kommunalwahlen teilnehmen

Das estnische Parlament hat am 6. Mai beschlossen, das Wahlalter für Kommunalwahlen auf 16 Jahre zu senken. Junge Menschen ab 16 können damit bei den nächsten Kommunalwahlen 2017 erstmals ihre Stimme abgeben. Zuvor ist jedoch eine Verfassungsänderung nötig.

Irland: Große Mehrheit für Öffnung der Ehe

In Irland hat die Bevölkerung am 22. Mai 2015 über die Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare abgestimmt. In der Volksabstimmung votierten 62,1 Prozent der Irinnen und Iren dafür, Schwule und Lesben im Eherecht gleichzustellen. Damit hat erstmals ein Land per Volksentscheid über die Ehe-Öffnung abgestimmt. Alle größeren Parteien hatten sich zuvor für die Gleichstellung ausgesprochen. Mit Irland haben weltweit 20 Staaten die Ehe vollständig geöffnet, 14 davon in Europa, 12 in der EU (Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Island, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal, Schweden, Slowenien und Spanien).

Österreich: Bericht zur Situation von Pflegeeltern erschienen

Im Jahr 2013 lebten in Österreich 4.468 minderjährige Kinder in einer Krisen-, Kurzzeit- oder Dauerpflege. Wie sich die soziale und rechtliche Situation von Pflegefamilien auf ihren Alltag auswirkt und was sich die Pflegeeltern wünschen, war Gegenstand eines interdisziplinären Forschungsprojekts des Österreichischen Instituts für Familienforschung (ÖIF) an der Universität Wien. Jurist/innen und Sozialwissenschaftler/innen haben Interviews mit Pflegeeltern und Fachkräften geführt und die rechtlichen Grundlagen der Pflege analysiert. Ein Ergebnis ist, dass sich Pflegeeltern, die in emotional elterngleicher Nähe zum Pflegekind leben, auch die gleichen Rechte wie leibliche oder Adoptiveltern wünschen – insbesondere im Blick auf arbeitsrechtliche Regelungen wie die Elternkarenz.

➤ [Der Bericht des ÖIF](#) 

Polen: Parlament lehnt Debatte über Eingetragene Lebenspartnerschaft ab

Das polnische Parlament hat am 26. Mai 2015 abgelehnt, eine Debatte über die Einführung der Eingetragenen Lebenspartnerschaft für Homosexuelle zu führen. In den vergangenen Jahren scheiterten bereits drei ähnliche Anträge im Parlament. Die Sozialdemokraten kündigten an, nach den Wahlen im Oktober 2015 erneut zu versuchen, die Eingetragene Lebenspartnerschaft in Polen einzuführen.

Rumänien: Kindergeld erhöht

Das rumänische Parlament hat am 20. Mai 2015 beschlossen, das Kindergeld zu verdoppeln – Eltern erhalten zukünftig umgerechnet rund 20 Euro. Kritiker bemängeln, dass das die Erhöhung des Kindergeldes armen Kindern wenig nutzen wird. Sie fordern stattdessen mehr Investitionen in Krippen, Kindergärten, Schulen und Bildungsprogramme.

Türkei: Hohes Armutsrisiko für kinderreiche Familien

In der Türkei leben 22,4 Prozent der Haushalte unter der Armutsgrenze – rund die Hälfte davon sind Familien mit drei oder mehr Kindern, so eine am 5. Mai 2015 veröffentlichte Studie der türkischen Statistikbehörde (Türkiye İstatistik Kurumu). Kinderreichtum, geringe Einkommen und hohe Lebenshaltungskosten führen zu Armut, vor allem in ländlichen Gebieten.

Weitere Nachrichten

Internationaler Tag der Familie am 15. Mai

Im Jahr 1994 haben die Vereinten Nationen den 15. Mai zum Internationalen Tag der Familie erklärt. Seitdem finden am 15. Mai weltweit Aktionen, Veranstaltungen und Kampagnen statt, die die Situation der Familien und ihre Bedürfnisse in den Blick nehmen. Den diesjährigen Internationalen Tag der Familie haben die Vereinten Nationen unter das Motto „*Men in charge? Gender equality and children's rights in contemporary families*“ gestellt. In Deutschland fanden zahlreiche Aktionen Lokaler Bündnisse für Familie unter dem Motto „*Mehr Partnerschaftlichkeit – ein Plus für die ganze Familie*“ statt.

Das statistische Amt der EU (Eurostat) hat anlässlich des Internationalen Tags der Familie 2015 demografische Daten zu Familien in der EU veröffentlicht. Laut Eurostat sind Frauen im EU-Durchschnitt bei der Geburt ihres ersten Kindes 28,7 Jahre alt. Die jüngsten Erstgebärenden leben in Bulgarien (25,7 Jahre) und Rumänien (25,8 Jahre); die ältesten in Italien (30,6 Jahre) und Spanien (30,4 Jahre). In Deutschland sind Mütter bei der Geburt ihres ersten Kindes im Durchschnitt 29,1 Jahre alt.

- [Pressemitteilung von Eurostat zu Familien in Europa](#) 

Internationaler Tag gegen Homophobie am 17. Mai

Am 17. Mai 1990 hat die Weltgesundheitsorganisation die Homosexualität von der Liste der Geisteskrankheiten genommen. Seit 2005 begehen Organisationen den 17. Mai weltweit als Internationalen Tag gegen Homophobie. Anlässlich des diesjährigen Aktionstags haben EU-Abgeordnete mit Expert/innen über die Antidiskriminierungspolitik in der EU diskutiert. Zwar ist die Diskriminierung aufgrund der sexueller Orientierung in der EU verboten, knapp die Hälfte der Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen hat jedoch Diskriminierungen oder Hassverbrechen erlebt – so die Ergebnisse einer Umfrage der Grundrechteagentur der EU (FRA) von 2013 (siehe [Europa News Mai 2013](#)).

- [FRA-Bericht zur Diskriminierung von LGBT](#) 

Petition für weltweites Verbot der Leihmutterschaft gestartet

Zahlreiche internationale Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft haben eine Petition für ein sofortiges, weltweites Verbot der Leihmutterschaft gestartet, da die Leihmutterschaft die Menschenrechte der Frauen

und der Kinder verletze. In dem am 11. Mai 2015 in der Tageszeitung „Libération“ veröffentlichten Appell betonen die Unterzeichner/innen, nur ein weltweites Verbot könne die Ausbeutung ärmster Frauen verhindern, die aus ihrer Not heraus Leihmutterchaften eingehen – oftmals münde der ungleiche Tausch in eine auf ungenügender Information basierende Vereinbarung, geringe Bezahlung, Zwangsverhältnisse sowie mangelhafte Gesundheitsvorsorge mit teils enormen Risiken für die Leihmütter.

- [Website der Petition „#StopSurrogacyNow“](#) 

Frauen sind in den Nachrichten weltweit unterrepräsentiert

Weltweit sind Männern in den Medien dreimal stärker vertreten als Frauen; die Präsenz von Frauen in den Hauptnachrichten der tagesaktuellen Medien steigt nur langsam – so die Ergebnisse des Global Media Monitoring Projects (GMMP) 2015. Das GMMP wurde 1995 anlässlich der 4. Weltfrauenkonferenz ins Leben gerufen und analysiert alle fünf Jahre die Präsenz und die Darstellung von Frauen in den führenden Medien. Diese Langzeitbeobachtung ist Teil des 11. Programmpunktes „Frauen und Medien“ des 12-Punkte-Programms für Geschlechtergerechtigkeit der Pekinger Aktionsplattform. An einem festgelegten Tag untersuchen weltweit Frauenorganisationen die Hauptmedien. In Deutschland übernimmt der Journalistinnenbund diese Aufgabe.

- [Website der Organisation „Who makes the news?“](#) 

Großbritannien ist regenbogenfamilienfreundlichstes Land in Europa

ILGA-Europe, der Dachverband der Lesben-, Schwulen-, Bisexuellen-, Trans- und Intersexorganisationen (LGBTI) in Europa hat anhand von 48 Kriterien die rechtliche Lage von LGBTI-Personen in den europäischen Staaten bewertet. Spitzenreiter ist dem „Rainbow Europe“-Bericht zu Folge Großbritannien – dicht gefolgt von Belgien. Großbritannien zeichnet sich laut Bericht durch einen umfassenden Schutz von Regenbogenfamilien (LGBTI-Familien) aus. Malta verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahr von Rang 11 auf den dritten Platz – Hintergrund für diesen Sprung ist die Einführung eines weitgehenden Trans- und Intersexuellen Gesetzes (siehe [Europa News April 2015](#)). Deutschland verschlechterte sich um einen Platz und liegt auf Rang 14. Schlusslichter der 49 untersuchten Länder sind Russland (Platz 48) und Aserbaidschan (Platz 49). Von den EU-Mitgliedstaaten belegt Zypern mit Rang 39 den letzten Platz.

- [ILGA-Rainbow Europe-Bericht](#)  
- [ILGA-Länderranking](#) 

Berichte und Studien

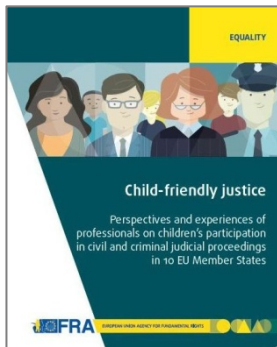
FRA-Bericht: Rechte Intersexueller stärker berücksichtigen



Laut einer Studie der Grundrechteagentur der EU (FRA) vom 12. Mai 2015 werden die Grundrechte Intersexueller häufig missachtet – Intersexuelle sind in den Gesellschaften Europas kaum anerkannt. Gesetzgebung und Politik definieren die Menschen weitgehend als entweder männlich oder weiblich, so die Ergebnisse der Studie. Die Grundrechteagentur fordert die EU und die Mitgliedstaaten auf, ihre Rechtsvorschriften und Verfahren zu überprüfen, um Diskriminierung und Verletzungen der körperlichen und geistigen Unversehrtheit insbesondere junger intersexueller Menschen zu verhindern.

- [Fokuspapier „The fundamental rights situation of intersex people“](#)  

FRA-Bericht: Die Justiz muss kinderfreundlicher werden



Hunderttausende Kinder sind jährlich in der EU in Gerichtsverfahren involviert. Laut eines Berichts der Grundrechteagentur der EU (FRA) vom 5. Mai 2015 muss die Justiz mehr unternehmen, um den Bedürfnissen dieser Kinder gerecht zu werden. Der Bericht stellt heraus, dass eine kindgerechtere Justiz den Kinderschutz verbessert und eine sinnvolle Beteiligung der Kinder an Gerichtsverfahren ermöglicht.

- [Erklärfilm für Kinder in der Justiz](#)
- [Der vollständige FRA-Bericht](#)  

FRA-Bericht: UN-BRK bringt Behindertenrechte in Europa voran



In einem Fokus-Papier stellt die Grundrechteagentur der EU (FRA) dar, wie die EU-Mitgliedstaaten ihre Gesetze und Politik reformieren, um die Maßgaben der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) zu erfüllen. 25 EU-Staaten haben die UN-BRK bereit ratifiziert. Das Papier zeigt auf, wie sich die internationalen Verpflichtungen auf die Behindertenrechte in diesen Ländern auswirken.

- [FRA-Bericht zur Implementierung der UN-BRK](#)  

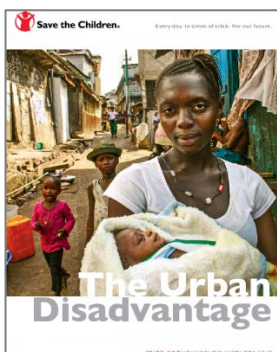
EU-Kommission: Altersbericht 2015



Die EU-Kommission hat am 13. Mai 2015 ihren Altersbericht 2015 veröffentlicht. Der Bericht enthält Prognosen darüber, wie sich die EU bis 2060 demografisch entwickelt und wie sich diese Entwicklung auf die Kosten für Renten, Gesundheit und Pflege in den EU-Mitgliedstaaten auswirken wird. Laut Prognose wird der Anteil der über 65jährigen an der EU-Bevölkerung von 18,4 Prozent in 2013 auf 25,8 Prozent in 2035 und auf 28,4 Prozent in 2060 steigen – für Deutschland rechnen Expert/innen mit einem Anteil von 30,6 Prozent.

- [Zusammenfassung mit Link zum Bericht](#) 

Save the Children: Studie zu Lebensbedingungen von Müttern



Am 4. Mai 2015 hat die Kinderschutzorganisation „Save the Children“ ihren 16. jährlichen Mütter-Index „*State of the World's Mothers 2015 – The Urban Disadvantage*“ herausgegeben. Laut Bericht haben Mütter in den skandinavischen Ländern die besten Lebensbedingungen. Im internationalen Ranking liegt Deutschland auf Platz acht. Die schlechtesten Lebensbedingungen haben Mütter in Somalia. Der Bericht untersucht 179 Ländern nach fünf Indikatoren: Müttersterblichkeit, Sterblichkeit der Kinder unter fünf Jahren, die durchschnittliche Ausbildungsdauer der Frauen, das Pro-Kopf-Einkommen und die Beteiligung von Frauen an der Regierung.

- [Pressemitteilung mit Link zum Bericht](#) 

Housing Europe: Zahlen, Daten und Fakten zur Wohnsituation in der EU



Housing Europe, die europäische Organisation der öffentlichen, sozialen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen, hat am 5. Mai 2015 eine Studie über den Zustand des Wohnungssektors in Europa herausgegeben. Die Autor/innen des Berichts analysieren Statistiken und Politiken rund um die Wohnungssituation in der EU. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass sich der Zahl der Wohnungslosen in den letzten sechs Jahren erhöht hat. Die meisten Staaten werden laut Bericht dem Bedarf an bezahlbarem Wohnraum nicht gerecht; in vielen Ländern gibt es lange Wartelisten für Sozialwohnungen. Die Mieten sind in den meisten europäischen Ländern gestiegen.

➤ [Der Bericht „Housing Europe Review“ zum Herunterladen](#) 

OECD-Bericht: In It Together – Why Less Inequality Benefits All



Die Ungleichheit im OECD-Raum wächst: Arm und Reich driften immer weiter auseinander, so das zentrale Ergebnis eines Berichts, den die OECD am 21. Mai 2015 veröffentlicht hat. In den meisten Ländern profitieren nur die höheren Einkommensgruppen von wirtschaftlichem Wachstum – ärmere Haushalte bleiben zurück. Der Bericht „*In It Together – Why Less Inequality Benefits All*“ stellt anhand von Länderanalysen dar, wodurch die Ungleichheit entsteht und schlägt politische Maßnahmen vor, um diesem Trend zu begegnen. Für Deutschland empfiehlt die OECD beispielsweise die starke Gliederung des Schulsystems zu

reduzieren, den Zugang von Frauen in Vollzeitbeschäftigung zu erleichtern, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen und die Sozialversicherung von Menschen in Minijobs und ähnlichen irregulären Arbeitsverhältnissen zu verbessern.

- [Ländernotiz für Deutschland](#) 
- [OECD-Bericht zur wachsenden Ungleichheit](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

- Working Group on the Quality of Childhood at the European Parliament (QOC): [53rd QoC Talk „Health Assets for Young People's Health and Well-being“](#) (02. Juni 2015, Brüssel)
- European Social Insurance Platform (ESIP): Konferenz [„Europas Sozialversicherungssysteme: Sind sie zukunftsfähig?“](#) (04. Juni 2015, Brüssel)
- International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR)/ AGF/ WZB: [Konferenz „Changing Times: Impacts of Time on Family Life“](#) (22. bis 24. Juni 2015, Berlin)
- European Social Network: [„23rd European Social Services Conference“](#) (6. bis 8. Juli 2015, Lissabon)
- Internationaler Rat für die Paritätische Doppelresidenz (ICSP): [„Internationale Konferenz zur Paritätischen Doppelresidenz 2015 – Bewährte Lösungen für die rechtliche und psycho-soziale Umsetzung der Paritätischen Doppelresidenz \(Wechselmodell\)“](#) (08. bis 10. Juli 2015, Bonn)
- International Family Day Care Organisation (IFDCO): [„IFDCO-Conference 2015“](#) (22. bis 25. Juli 2015, Edinburgh)

- Swedish Family Care Competence Centre, Carers Sweden and Carers UK: „[6th International Carers Conference – Care and caring: future proofing the new demographics](#)“ (03. bis 06. September 2015, Göteborg)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).



AGF e.V. · Einemstr. 14, 10785 Berlin · Web: <http://ag-familie.de> · Tel.: +49 (0) 30 - 2902825 - 78
E-Mail: europa@ag-familie.de · Redaktion: Friederike Scharlau, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)